

Oktober 2020

Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko






Monatsrückblick Oktober 2020

Ann-Kathrin Beck, Hans-Hartwig Blomeier

Seit Oktober beschäftigt sich der wöchentliche Blog der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko nicht nur mit den neuesten Entwicklungen im Kontext der COVID-19-Pandemie, sondern auch mit relevanten Ereignissen zur Demokratie in Mexiko. Die Originalbeiträge werden von Natalia Arriaga, Patricio Garza, Jatziry Herrera, Ilse Reyes, Luis Téllez und Eduardo Walsh auf Spanisch verfasst, und mit Quellenangaben hier veröffentlicht:

<https://www.kas.de/es/web/mexiko/corona-blog-democracia>.

Überblick

	 Bestätigte Fälle	 Verdachtsfälle	 Todesfälle
1. Oktober 2020	748.315	323.085	78.078
31. Oktober 2020	924.962	358.175	91.753

Nach der graduellen Verlangsamung in der Ausbreitung von COVID-19 im September, war der Oktober ernüchternd. Die Zahlen blieben eher konstant, als dass sie weiter fielen. Die **Angst vor einem rebrote (einer neuen Welle) stieg**; Chihuahua war der erste Bundesstaat, der zurück in die rote Ampelphase wechselte. Ende Oktober befanden sich außerdem 19 Bundesstaaten in der orangenen Phase¹ und elf in der gelben.² Dabei ist zu beachten, dass

¹ Aguascalientes, Baja California, Baja California Sur, Coahuila, Ciudad de México, Durango, Colima, Estado de México, Guerrero, Hidalgo, Jalisco, Michoacán, Nayarit, Nuevo León, Querétaro, Quintana Roo, San Luis Potosí, Yucatán y Zacatecas.

² Chiapas, Guanajuato, Morelos, Oaxaca, Puebla, Sinaloa, Sonora, Tabasco, Tamaulipas, Tlaxcala y Veracruz.

manche Bundesstaaten auch kreative Lösungen fanden. In Jalisco waren der Status „Orange mit Notfallknopf“, in Mexiko-Stadt „Orange mit besonders hoher Aufmerksamkeit“ originelle Variationen um letztlich die rote Ampelphase zu verhindern. Lediglich Campeche blieb als einziger Bundesstaat in der grünen Ampelphase

Die Lokalwahlen in Coahuila und Hidalgo gaben einen ersten **Vorgeschmack auf das Wahljahr 2021**. Auf dieses bereiten sich auch alte und neue mexikanische Parteien vor. Doch nicht nur Parteien, auch zivilgesellschaftliche Plattformen mischten im öffentlichen Diskurs mit und immer mehr Kandidaten bereiteten ihre Kampagnen vor. Gleichzeitig galt es jedoch **mit den aktuellen Auswirkungen der Krise klarzukommen**: Die wirtschaftliche Situation verbesserte sich nur langsam, die Unternehmen kämpften um ihre Existenz, vielen Kommunen und Bundesstaaten waren durch sinkende Steuereinnahmen und limitierte Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt – welcher für große Diskussionen sorgte – die Hände gebunden. Die große Hoffnung liegt nun auf einer Impfung; die mexikanische Regierung engagiert sich dabei aktiv um entsprechende Impfdosen für die Bevölkerung.

Kommunikation

Medienwirksam zog sich Hugo López-Gatell, Corona-zuständiger Staatssekretär im Gesundheitsministerium, das Hemd aus, um sich vor laufenden Kameras gegen die Grippe impfen zu lassen. Auch **in Mexiko beginnt im Oktober die Grippesaison** und zuständige Gesundheitsinstanzen warnten ausdrücklich davor, dass dies eine weitere Corona-Welle begünstigen könnte.

Über die notwendigen und sinnvollen Corona-Maßnahmen wird in der Regierung jedoch weiterhin kontrovers diskutiert. Staatspräsident Andrés Manuel López Obrador verweist zwar auf die *sana distancia*, den Sicherheitsabstand von 1,5 Metern, hält den Mund-Nasen-Schutz jedoch für unnötig, was seine **Gesundheitsexperten und Funktionäre immer wieder in Erklärungsnot** bringt. Auch als López-Gatell Ende Oktober nochmals anmerkte, man bewege sich auf eine zweite Welle zu, widersprach der Staatspräsident öffentlich vehement, woraufhin López-Gatell zurückruderte und sagte, López Obrador habe den besseren nationalen Überblick. Der Staatspräsident lässt sich die Deutungshoheit über die Entwicklungen im Land nicht nehmen. Als die Todeszahlen Ende Oktober aber 90.000 überschritten, ließ er sich allerdings doch dazu bewegen, zu erneuter Vorsicht aufzurufen.

López Obrador monierte öffentlich die Berichterstattung internationaler Medien wie der New York Times und dem Wall Street Journal. Diese hatten unter anderem über die „schlechten wirtschaftlichen Konditionen“ und die „autoritäre Regierungsführung“ in Mexiko berichtet. Dies bezeichnete er als übertrieben und als einen Angriff auf ihn als Staatspräsident. Er selbst und seine Regierung würden auch in der nationalen Presse viel zu hart angegangen werden und nicht die notwendige Wertschätzung für ihren Umgang mit der Krise bekommen. López Obrador sagte, er hätte sich mit Sicherheit schon eine Goldmedaille verdient, da er der „am meisten attackierte Präsident der jüngeren Geschichte des Landes“ sei. Er berief sich dabei auf eine Studie des Unternehmens Intélate und veröffentlichte im gleichen Zug eine Liste mit besonders kritischen Journalisten und Medien. Derartige Zurschaustellungen sind ein **alarmierendes Zeichen und können die Medien- und Pressefreiheit in Mexiko gefährden**.

Bundespolitik

Zum 14. Oktober hat Mexiko die **Methodologie bei der Zählung der Coronafälle geändert**. Nun werden auch Ansteckungs- und Sterbefälle in die offiziellen Statistiken aufgenommen, die nicht positiv getestet wurden, aber die entsprechenden Symptome zeigten. Darüber hinaus wurde bekannt, dass das Gesundheitsministerium 93.803 Tests nicht auswerten konnte, weil die Proben entweder auf dem Weg verloren gingen oder nicht

weiterverarbeitet werden konnten. Auch das Gesundheitsgesetz wurde geändert, sodass das Finanzministerium nun 33 Milliarden mexikanische Pesos (ca. 1,4 Milliarden EUR) zur Verfügung hat – allerdings sind diese, nicht wie zuvor, für Notfälle vorgemerkt, sondern sollen dem ganzen Gesundheitssektor zu Gute kommen. Wie genau dies geschehen soll, blieb bisher offen.

Die Abgeordnetenkammer stimmte nach langer Debatte der **Abschaffung von 109 fideicomisos, Treuhandfonds der mexikanischen Regierung**, in den Bereichen Technologie & Bildung, Menschenrechtsschutz, Schutz von Journalisten, Opfern von Gewaltverbrechen und zur Katastrophenhilfe, zu. Zuvor hatten auch der Oberste Gerichtshof und der Senat zugestimmt. Die Prozesse in den *fideicomisos* sind teilweise tatsächlich sehr undurchsichtig, deren Befürworter bemängelten aber, dass die Regierung bisher keinen Plan vorgelegt habe, wie genau die insgesamt 68,48 Milliarden Pesos (fast 3 Milliarden EUR) in Zukunft für die oben genannten Themen und für die medizinische Notfallhilfe eingesetzt werden sollen, ohne dass die Leistungsempfänger Einbußen hinnehmen müssen.

Im Parlament kam es zu Reibereien zwischen der Regierungspartei Movimiento Regeneración Nacional (MORENA) und deren Koalitionspartner der Partido Trabajador (PT), doch nicht zum Bruch. Auch **innerhalb von MORENA gehen die Machtkämpfe weiter**. Nach mehreren Umfragen, an denen Mitglieder und Sympathisanten der Partei teilnahmen, wurde inzwischen Mario Delgado zum Parteivorsitzenden ernannt. Gegenseitige Korruptionsvorwürfe zwischen ihm und dem stärksten Opponenten, Porfirio Muñoz Ledo, folgten sogleich. Innerhalb von MORENA und auch darüber hinaus erkrankten zahlreiche Politiker an Corona; Mario Delgado befand sich bei seiner Ernennung zum Parteipräsidenten in Quarantäne, ebenso wie die Generalsekretärin von MORENA; in der PAN wurden unter anderem Ex-Präsidentschaftskandidat Ricardo Anaya und Mauricio Vila, Gouverneur von Yucatán positiv getestet.

Im Hinblick auf die Wahlen 2021 schmiedeten die **mexikanischen Parteien** weiterhin Allianzen. Eine geeinte Opposition gegen MORENA wäre nach gegenwärtigem Stand der Dinge eine Voraussetzung, um die Mehrheitsverhältnisse im Kongress zu verändern, doch die Unterschiede sind sehr groß. Auf lokaler Ebene wird es leichter sein, Allianzen zu formen. Es gibt aber auch neue Herausforderer. Das Wahlgericht Mexikos ließ in einem kontroversen Urteil drei weitere Parteien zu, verweigerte aber der Bewegung México Libre, die von Margarita Zavala und ihrem Ehemann und Ex-Staatspräsidenten Felipe Calderón angeführt wird, in einer nicht unumstrittenen Entscheidung endgültig die Registrierung.

Neben anderen **zivilgesellschaftlichen Plattformen**, trat insbesondere die neu gegründete Initiative *Sí por México* an die Öffentlichkeit. Der Zusammenschluss zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen sieht sich als unparteiliche Bewegung, die sich auf die Themen Demokratie, Sicherheit und Justiz, wirtschaftliches Wachstum, Gesundheit, Bildung, Gewaltbekämpfung und Umwelt fokussieren möchte.

Die Gruppierung „Frente Nacional AntiAmló“ (FRENAAA, Nationale Front Anti-AMLO) traf sich erneut in der Hauptstadt, um gegen die aktuelle Regierung zu demonstrieren. Wie viele Personen genau anwesend waren, ist unklar; die Aussagen schwanken zwischen 100.000 und 5.000. Auch López Obrador-Anhänger gingen auf die Straße. Der *marcha del millón* verzeichnete aber wesentlich weniger Teilnehmer als erwartet (ca. 5.700).

Weitere hochrangige Mitglieder der Regierung von López Obrador gaben ihre Posten zugunsten von **Kandidaturen** auf. Am prominentesten unter ihnen Alfronso Durazo, ehemaliger Minister für Öffentliche Sicherheit (Secretaría de Seguridad Pública, SSCP), inzwischen von Rosa Icela Rodríguez Velázquez ersetzt; er kandidiert als Gouverneur in Sonora. Für Kontroversen sorgte aber insbesondere, dass mehrere „**Superdelegierte**“, entsandte der Nationalregierung in den Bundesstaaten, die López Obrador zu „rein

administrativen und operativen Zwecken ohne politische Aufgaben“ eingesetzt hatte, jetzt doch für dessen Partei MORENA für politische Posten kandidieren.

Trotz aller Kontroversen, die **Zustimmungswerte des Staatspräsidenten steigen wieder** und liegen erneut über 60% (September). Außerdem schätzen wieder mehr Leute die Regierungshandlungen als „sehr gut / gut“ ein: Gesundheit (+8%), öffentliche Sicherheit (+8%), Wirtschaft (+6%), Korruptionsbekämpfung (+19%).

Bundesstaaten und Kommunen

Aus den **Lokalwahlen in Coahuila und Hidalgo** am 18. Oktober ging insbesondere die Partido Revolucionario Institucional (PRI), aber auch MORENA gestärkt hervor. In Coahuila wurden 25 Abgeordnete für das lokale Parlament gewählt. Die PRI gewann alle 16 Direktmandate. Über die Listenplätze kommen auch MORENA (4), PAN (3), die Unidad Democrática de Coahuila (1), sowie die Partido Verde Ecologista de México (1) ins Parlament. Die Wahlbeteiligung lag bei lediglich 39,38%.

In Hidalgo wurden Bürgermeisterämter neu besetzt (Bürgermeister und Stadt- bzw. Gemeinderäte). 32 von 84 gewann die PRI. Die PAN gewann fünf alleine, fünf weitere in Koalition mit der Partido de la Revolución Democrática (PRD). MORENA gewann sechs alleine, vier in einer breiten Koalition. Die PRD gewann sieben Bürgermeisterämter. Die restlichen verteilen sich auf acht weitere Parteien und unabhängige Kandidaten. Die Wahlbeteiligung lag bei 53,80%.

Somit **kann sich die PRI auf lokaler Ebene weiterhin behaupten**, auch wenn es auf nationaler Ebene ruhig um sie geworden ist. Für die PAN waren diese Wahlen eher ernüchternd, da sie sich nicht als stärkste Oppositionspartei durchsetzen konnte. MORENA hingegen gelang es, sich so auch in der Breite zunehmend zu etablieren, wenn auch nicht so massiv wie erhofft. Der Wahlprozess ging ohne große Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten vonstatten. Es wurden erstmals elektronische Wahlurnen getestet, was auch eine Option für die anstehenden Wahlprozesse 2021 ist.

Die Gouverneure der Alianza Federalista,³ tagten am 12. Oktober und äußerten sich kritisch gegenüber der Abschaffung der *fideicomisos*. Außerdem wollen sie eine Anfrage an den Obersten Gerichtshof unterstützen, um die Verfassungsmäßigkeit der geplanten Budgetkürzungen im Bundeshaushalt 2021 zu überprüfen. **Staatspräsident López Obrador reagierte sofort und bezichtigte die Gouverneure der Unterstützung der Korruption**, die in den *fideicomisos* vor sich gehe.

Die Alianza Federalista hat sich inzwischen auch öffentlich dafür ausgesprochen, **aus dem Fiskalpakt zwischen Bund und Ländern auszutreten**. Auch dies kommentierte López Obrador ablehnend, was auch dazu führte, dass sich die MORENA-Gouverneure hinter ihn stellten und das Vorgehen ablehnten. Der Gouverneur von San Luis Potosí, aktuell Vorsitzender der Vereinigung aller Gouverneure (CONAGO), rief schließlich dazu auf, das Thema gemeinsam mit dem Finanzminister und der Innenministerin zu diskutieren.

Rechtsstaat und Menschenrechte

Erst stimmte der Oberste Gerichtshof (SCJN), dann der Senat Mexikos für die **Durchführung einer Volksbefragung darüber, ob die Amtsgeschäfte von ehemaligen Präsidenten Mexikos gerichtlich untersucht werden dürfen**. Dadurch sollen Korruption und Amtsmissbrauch aufgedeckt werden. Das Thema hatte für großes Aufsehen gesorgt, da

³ Aguascalientes (PAN), Chihuahua (PAN), Coahuila (PRI), Colima (PRI), Durango (PAN), Guanajuato (PAN), Jalisco (Movimiento Ciudadano), Michoacán (PRD), Nuevo León (unabhängig) und Tamaulipas (PAN)

Staatspräsident López Obrador eigenhändig diesen Vorgang eingebracht hatte, und ursprünglich auch die Namen der Ex-Präsidenten explizit genannt wurden. Der Oberste Gerichtshof milderte den Wortlaut zwar ab, dass die Judikative jedoch auf Zuruf einen Vorschlag der Exekutive annimmt, lässt Zweifel an einer effektiven Gewaltenteilung in Mexiko aufkommen. MORENA möchte die Befragung gleichzeitig mit den Nationalwahlen 2021 durchführen, was das nationale Wahlinstitut INE entschieden ablehnt.

Transparency International hat aufgrund der **steigenden Zahl an Verschwundenen und Femiziden** Beschwerde gegen den mexikanischen Staat eingereicht. Außerdem bemängelt die Organisation Rückschritte beim Schutz der Rechte von Frauen. Auch die Innenministerin, Olga Sánchez Cordero, bestätigte, dass die Frauenmorde in Mexiko in den letzten fünf Jahren um 145% gestiegen seien. Von Januar bis August 2020 wurden 645 Frauen in Mexiko getötet.

Das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der VN äußerte sich besorgt über die Auflösung der *fideicomisos* und die Auswirkungen dessen insbesondere auf besonders schutzbedürftige Gruppen wie Menschenrechtsverteidiger und Journalisten.

Für weltweite Schlagzeilen sorgte die **Festnahme des Ex-Verteidigungsministers Salvador Cienfuegos** in Los Angeles durch US-amerikanische Sicherheitskräfte. Ihm wird vorgeworfen in mindestens fünf Fällen in Drogenhandel verstrickt zu sein. In Mexiko liegt kein Verfahren gegen ihn vor. Er ist der ranghöchste mexikanische Militär gegen den jemals ermittelt wurde.

Währenddessen wurde das Sicherheitsflaggschiffprojekt des Staatspräsidenten, die **Guardia Nacional**, von der Nationalen Menschenrechtskommission (Comisión Nacional de los Derechos Humanos, CNDH) schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte im Zusammenhang mit einer Migrantenkarawane im Januar bezichtigt.

Nichtregierungsorganisationen prangern auch an, dass der **Umgang mit Migranten während der Coronakrise die Menschenrechte verletze**. Laut offiziellen Zahlen gibt es 574 infizierte Migranten 35 Todesfälle, Experten gehen jedoch von wesentlich höheren Fallzahlen aus, da in den Flüchtlingslagern nicht getestet wird und es auch kaum medizinische Versorgung gibt. In mexikanischen Gefängnissen gibt es inzwischen 2.635 positive Fälle und 232 Sterbefälle durch Corona, aber nach wie vor keine nationale Strategie um die weitere Ausbreitung zu verhindern.

Wirtschaft

Der Generaldirektor der Mexikanischen Nationalbank BANXICO äußerte sich besorgt darüber, wie viele Unternehmen die Pandemie nicht überstehen werden, was auch an der mangelnden Investitionsbereitschaft der mexikanischen Regierung liege. Darüber hinaus wies der Aufsichtsrat darauf hin, dass die öffentlichen Finanzen Mexikos, insbesondere die prekäre Lage des staatlichen Ölkonzerns PEMEX und die Investitionen in Sozialprogramme, eine **Gefahr für das Wachstum des Landes** darstellen. Die wirtschaftliche Erholung könnte demnach bis zu sechs Jahre andauern.

Inzwischen schätzen Experten, dass das **BIP Mexikos 2020 um bis zu 9,82% fallen** wird, also noch stärker als bereits befürchtet. Während das Mexikanische Sozialinstitut IMSS in Baja California, Tabasco, Chihuahua und Zacatecas bereits wieder mehr formelle Arbeitnehmer verzeichnet, ist die Lage bezüglich der **Arbeitslosigkeit** in Mexiko-Stadt, Quintana Roo und Jalisco weiterhin kritisch. Manufaktur- und Automobilsektor erholen sich zwar langsam, das Nationale Statistikinstitut INEGI geht davon aus, dass die Wirtschaft von Juni bis September um 12% gewachsen ist. Dem steht aber ein Einbruch von 17,1% zwischen April und Juni gegenüber. Ein Niveau **der ökonomischen Produktivität** wie vor Ausbruch der Pandemie **ließ sich nur mit fiskalen Impulsen und Steueranreizen erreichen**.

Finanzminister Arturo Herrera mahnte auch an, BANXICO solle doch mehr Kredite vergeben. Der mexikanische Bankenverband erwiderte jedoch, dass das Problem **die gesunkene Nachfrage nach Finanzprodukten**, nicht das Angebot, sei. Der mexikanische Peso gewann im Oktober langsam aber beständig an Wert; Zum Monatsende lag er bei 24,8465 MXN pro EUR. Es bleibt abzuwarten wie sich das auf die Finanzmärkte auswirkt.

Internationale Beziehungen

Präsident López-Obrador wünschte seinem US-amerikanischen Amtskollegen, Donald Trump, eine gute Besserung aufgrund dessen Coronaerkrankung und gab an, sich keinesfalls in die **Wahlprozesse der USA** einmischen zu wollen. Dies bestätigte auch Martha Bárcena Coqui, die mexikanische Botschafterin in den USA. Man würde jeglichen Ausgang der Wahlen anerkennen und eine gute Zusammenarbeit anstreben. Das Duo Joe Biden / Kamala Harris kündigte jedoch bereits an, dass sie die Migrationspolitik gegenüber Mexiko und Zentralamerika verbessern wolle. Die Grenzen zwischen beiden Ländern bleiben weiterhin geschlossen.

Die **Flüchtlingskarawane, die sich von Honduras aus auf den Weg in die USA** gemacht hatte, wurde bereits von der guatemaltekischen Regierung aufgehalten und zurückgeschickt. Mexiko hatte zuvor auch das Strafrecht verschärft und Migranten mit COVID-19 mit bis zu 10 Jahren Gefängnis gedroht.

Die mexikanische Regierung kündigte außerdem den **Beginn sozialer Unterstützungsprogramme im nördlichen zentralamerikanischen Dreieck** an. „Sembrando Vida“ und „Jóvenes Construyendo el Futuro“ waren bereits seit längerem auch für El Salvador, Guatemala und Honduras vorgesehen um die integrale Entwicklung in der Region zu fördern, hatten sich aufgrund von Corona jedoch verschoben.

Zum zwanzigjährigen Jubiläum des Beobachterstatus im **Europarat**, kündigte Mexiko an, diesen nun zu einer **strategischen Partnerschaft** auszubauen, um die gemeinsame Arbeit zu verstärken.

Mexiko bringt sich **finanziell in der öffentlich-privaten Impfallianz Gavi und in der COVAX Fazilität** ein. Diese wird von Gavi und der Weltgesundheitsorganisation organisiert und soll die Entwicklung und Herstellung einer COVID-19-Impfung einerseits, den fairen und gleichberechtigten Zugang aller Länder zu ihr andererseits, sicherstellen. Auch mit den Pharmaunternehmen AstraZeneca, CanSino Biologics und Pfizer wurden Kooperationsverträge für den Zugang zu Impfungen unterschrieben. Bei AstraZeneca wurden bereits Impfdosen vorbestellt. Im Bestfall kann Ende Dezember geliefert werden, im eingeplanten Ernstfall Ende März. Im Vergleich zu anderen Ländern ist Mexiko hier sehr optimistisch.



Länderbericht

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier
Leiter Auslandsbüro Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko   @kasmexiko
hans.blomeier@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)